

Warum die Deutschen viel arbeiten, aber viel zu wenig davon haben



Von WOLFGANG HÜBNER | Wer sich fragt, warum die AfD in Umfragen nicht mehr von dem SPD-Desaster, der offensichtlichen Krise des Parteienstaates und der inhaltlichen wie personellen Erschöpfung der Merkel-Ära Kapital schlägt, wird sicher mehrere Antworten finden. Ein Grund dafür dürfte aber sein, dass bislang noch nicht richtig und entschlossen angepackt wurde, den im vielfältigen Berufsleben stehenden Landsleuten wirksam zu vermitteln, wie und warum sie trotz harter Arbeit so wenig von dem wirtschaftlichen Erfolg eines Exportweltmeisters profitieren.

Es liegen genug Erkenntnisse vor, um diesen vernachlässigten Teil der Volksaufklärung endlich in den Mittelpunkt zu stellen: Ausgerechnet in dem als Sparer-Staat bekannten Deutschland hat nach einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Direktbank ING Diba jeder vierte Bürger überhaupt keine Ersparnisse. Das wird in Europa nur noch vom armen Rumänien unterboten. Und das deutsche Durchschnittsvermögen von gut 60.000 Euro (Stand 2014) liegt nur wenig höher als in Polen, aber ist weit niedriger als in Belgien, Italien, Frankreich oder ... Griechenland.

Selbst das kleine, industriearme Slowenien kann ein höheres Durchschnittsvermögen seiner Einwohner aufweisen. Und mit nur 44 Prozent der Deutschen, die Haus- oder Wohnungseigentümer

sind, rangiert der Wirtschaftsriese Deutschland an letzter Stelle in der EU. Derweil der Export deutscher Produkte 2017 noch einmal um 6,3 Prozent gegenüber 2016 anwuchs, stieg im gleichen Jahr 2017 der Reallohnindex im Vergleich zum Vorjahr nur um 0,8 Prozent. All diese Zahlen und Informationen stammen nicht aus linken Quellen, sondern aus Veröffentlichungen des Wirtschaftsteils der FAZ, die als Zentralorgan der Mächtigen und Besitzenden klassenkämpferischer Tendenzen sehr unverdächtig ist.

Die Konsequenz aus diesen Fakten ist eindeutig: Vielen Deutschen geht es materiell längst nicht so gut, wie es ihnen gehen könnte. Das liegt an teilweise extrem ungleicher Verteilung des erwirtschafteten Reichtums, an der EU, der Globalisierung und manchem mehr, das hier zu schildern den Rahmen dieses Textes weit überschreiten würde. So lange das für die staatstragende Mittelschicht keine akut bedrohlichen Folgen hat, werden die ungleiche Verteilung und ihre Ursachen jedoch kein dominierendes Konfliktthema in Deutschland sein.

Ganz anders ist die Situation bei den ungeheuren Kosten der sogenannten „Flüchtlingskrise“. Denn diese Kosten werden nach Berechnungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft in diesem wie jedem der folgenden Jahre zwischen 25 und 55 Milliarden Euro betragen, nach anderen Schätzungen sogar noch mehr. Diese von der berufstätigen Bevölkerung erwirtschafteten Summen kommen aber nicht denen zugute, die eine bessere Familienunterstützung, bessere Kindermedizin, bessere Altenpflege und vieles mehr brauchen und auch beanspruchen können, weil sie dafür Jahrzehnte gearbeitet haben oder das immer noch tun. Sondern es kommt Fremden aus aller Welt sowie den kleinen und großen Profiteuren der Migrationsindustrie zugute.

Es ist eine freche Lüge der Verantwortlichen und Propagandisten der Merkel-Invasion, dass denjenigen, „die schon etwas länger hier leben“ (und Steuern bezahlen), keine Nachteile wegen der hohen Kosten für die „Schutzsuchenden“

entstünden. Denn selbstverständlich könnten die vielen Milliarden, die an ein Heer muslimischer und afrikanischer Jungmänner ohne realistische Bildungs- und Berufsperspektive verschwendet werden, für unzählige sinnvolle, nutzbringende und schon längst überfällige Investitionen in Deutschland und für die Deutschen verwendet werden.

Und selbstverständlich könnte für zehn Milliarden Euro Hilfe in heimatnahen Lagern von Flüchtlingen aus Krisenregionen ein humanitär viel größerer positiver Effekt erzielt werden als mit der wahnwitzig teuren Subventionierung von sogenannten „unbegleiteten Minderjährigen“ oder Zweitfrauen samt Zweitkindern syrischer Patriarchen. Jeder, der sich ohne ideologische Blockaden im Hirn mit diesem Problem beschäftigt, kann nur zu diesem Ergebnis kommen.

Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD beweist jedoch das Gegenteil: Auch künftig sollen Jahr für Jahr Hunderttausende „Schutzsuchende“ nach Deutschland strömen und hier mit Multimilliardenaufwand „integriert“ werden. Das ist zu eindeutig eine Politik gegen die Mehrheit des Volkes, um das noch ausführlicher begründen zu müssen.

Doch das deutsche Volk ist sich zu großen Teilen der räuberischen Feindschaft seiner Regierung und der diese tragenden Parteien (Grüne inklusive) nicht oder nur unzureichend bewusst. Das lässt sich wohlfeil beklagen, was aber ebenso wenig zur Veränderung beitragen wird wie gutgemeinte Aufklärung über die Ideologen sowie die Ideologie der Umvolkung und gezielten Überfremdung Deutschlands. Damit werden zwar durchaus immer mehr Menschen erreicht und kritisch gegenüber den Entwicklungen gemacht, die ja in den Städten und Großstädten längst sinnlich immer massiver erfahrbar sind. Ausreichend für den notwendigen Massenwiderstand ist das allerdings nicht.

Um diesen zu mobilisieren, bedarf es in einer so sehr von materiellen Werten bestimmten und zusammengehaltenen Nation

wie der deutschen einer Volksaufklärung, die ohne falsche Skrupel die Menschen mit den Fakten konfrontiert, die ihnen die Kosten der „Barmherzigkeit“ der Regierenden ebenso aufzeigen wie alle die gesellschaftlichen und infrastrukturellen Defizite, die deshalb nicht beseitigt oder zumindest gemildert werden können. Und Steuer- und Sozialabgabenzahler sollen wissen, wie viel mehr Einkommen ihnen zur eigenen Verfügung stehen würden ohne die Zwangszahlungen für integrationsunfähige, oft genug auch integrationsunwillige Migranten sowie die Steuervernichtungsvampire der Migrationsindustrie.

Die AfD wie die gesamte freiheitlich-patriotische Bewegung in Deutschland sollte eine solche Kampagne nicht scheuen. Gewiss werden Parteien, Verbände und Amtskirchen einer solchen sachlich gut begründeten Kampagne „mangelnde Menschlichkeit“, „Sozialegoismus“ oder was auch immer an finsternen Motiven unterstellen. Doch das kann und muss ignoriert werden. Denn es geht darum, viele Millionen darüber aufzuklären, welcher staatskriminelle Missbrauch mit ihrem hart erarbeiteten Steuergeld getrieben wird und wer das verantwortet. Diese Verantwortlichen haben begründete Angst vor solch einer gut vorbereiteten und ebenso durchgeführten Aufklärungskampagne. Es wird deshalb höchste Zeit, ihnen noch viel mehr Angst einzujagen.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017

in
Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.